

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Amtliche Bekanntmachungen

Universität Potsdam Universität Potsdam

Potsdam, 1.1992 -

Nr. 4

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-8294



UNIVERSITÄT POTSDAM

Amtliche Bekanntmachungen

Herausgeber: Der Rektor der Universität Potsdam
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam

Verantwortlich: Rektorat
Tel.: 0331/977 1789

ISSN 0943-0091

12. Jahrgang

21. Mai 2003

Nr. 4

INHALT:

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

	Seite
Neufassung der Gebührenordnung für den Besuch der Gewächshäuser des Botanischen Gartens der Universität Potsdam vom 17. April 2003	26
Studierendenschaft	
Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 23. April 2003	26
Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 23. April 2003	27
Zweite Satzung zur Änderung der Rahmenwahlordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 20. Mai 2003	27
Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam für das Wintersemester 2003/2004 vom 20. Mai 2003	28

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Neufassung der Gebührenordnung für den Besuch der Gewächshäuser des Botanischen Gartens der Universität Potsdam

Vom 17. April 2003

Auf Grund § 67 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 2 Abs. 3 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz - BbgHG) vom 20. Mai 1999 (GVBl. I S. 130), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2000 (GVBl. I S. 90), hat der Senat der Universität Potsdam auf seiner Sitzung am 17. April 2003 die nachfolgende Neufassung der Gebührensatzung für den Besuch der Gewächshäuser des Botanischen Gartens der Universität Potsdam erlassen.¹

§ 1 Entgelt

(1) Die Universität Potsdam erhebt für den Besuch der Gewächshausanlage des Botanischen Gartens ein Entgelt.

(2) Das Entgelt beträgt für

- | | |
|---|--------|
| - Erwachsene | 2,- € |
| - Behinderte mit einem Behindertenausweis | 1,- € |
| - Gruppen ab 8 Personen pro Person | 1,- € |
| - Schüler/innen, Studenten/innen und Auszubildende | 1,- € |
| - Schulklassen (in Begleitung einer Lehrerin/eines Lehrers) je Schüler/in | 0,50 € |
| - Schulklassen und Kindergruppen im „Grünen Klassenzimmer“ je Kind | 1,50 € |
| - Führungen pro Stunde zusätzlich zum Eintrittsentgelt | 20,- € |

¹Bestätigt mit Schreiben des MWFK vom 30. April 2003

§ 2 Entgeltbefreiung

(1) Freien Eintritt haben

- Blinde und ihre Begleitperson
- Schwerbehinderte mit einem Grad der Behinderung von mindestens 70 % sowie der notwendigen Begleitperson, soweit diese im Ausweis eingetragen ist
- Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres
- Mitglieder des Freundeskreises des Botanischen Gartens der Universität Potsdam e.V.
- Studierende der Universität Potsdam, die im Rahmen ihres Studiums den Botanischen Garten besuchen.

(2) Für die Besichtigung der Freilandanlagen wird kein Entgelt erhoben.

§ 3 In-Kraft-Treten

Diese Ordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ordnung vom 11. November 1999 (AmBek Nr. 3/2000 S. 42.) außer Kraft.

Studierendenschaft

Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam

Vom 23. April 2003

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 9. Dezember 1999 wurde durch Beschluss des Studierendenparlaments am 25. Juni 2002 und von der Versammlung der Fachschaften in ihrer Sitzung am 23. April 2003 geändert.

Artikel 1

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 9. Dezember 1999 (AmBek. UP 2000 S. 65), zuletzt geändert durch Satzung vom 25. Juni 2002 (AmBek. UP S. 82), wird wie folgt geändert:

Nr. 1

In § 10 Satzungen wird im Absatz 2 am Ende des ersten Satzes „(Datum des Poststempels)“ eingefügt.

Nr. 2

In § 11 Aufgaben werden die Geld-Beträge in Höhe von 3.000 DM jeweils durch „1.500 €“ ersetzt.

Nr. 3

§ 32 In-Kraft-Treten und Schlussbestimmungen wird zu § 32 Schlussbestimmungen. § 32 wird wie folgt gefasst:

"(1) Diese Satzung kann nur in der Vorlesungszeit geändert werden durch:

- erfolgreiche Urabstimmung gemäß § 22 Abs. 1;
- Beschluss des StuPa mit zwei Dritteln seiner Mitglieder und Zustimmung der VeFa mit zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder bei Betroffenheit der §§ 1 Abs. 2, 4 Abs. 1, 18, 19, 23 Abs. 1 und 2, 24, 26 Abs. 1, 27 und 32.

Bei allen anderen Satzungsänderungen durch Beschluss des StuPa mit zwei Dritteln seiner Mitglieder hat die VeFa ein Vetorecht. Ein Veto kommt zustande, wenn mit einfacher Mehrheit und mindestens zehn Stimmen ein entsprechender Beschluss gefasst wird. Zu dieser Versammlung lädt das Präsidium des StuPa mit einer Frist von zehn *Werktagen* ein. Ein Veto kann bis drei Wochen nach der ersten Sitzung der VeFa abgegeben werden.

(2) Zu einer Sitzung des Studierendenparlamentes, auf der satzungsändernde Anträge beschlossen werden sollen, ergehen die Einladungen 10 Werk-tage (Datum des Poststempels) vor der Sitzung. Satzungsändernde Anträge sind fristgemäß, soweit diese 11 Werk-tage vor der Sitzung schriftlich beim Präsidium des Studierendenparlamentes eingereicht wurden."

Nr. 4

Folgender neuer § 33 In-Kraft-Treten wird eingefügt:

"Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer hochschul-öffentlichen Bekanntmachung in Kraft."

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

Dritte Satzung zur Änderung der Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam

Vom 23. April 2003

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 09. Dezember 1999 wurde durch Beschluss des Studierendenparlamentes am 28. Ja-

nuar 2003 und von der Versammlung der Fach-schaften in ihrer Sitzung am 23. April 2003 geän-dert.

Artikel 1

Die Satzung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 9. Dezember 1999 (AmBek. UP 2000 S. 65), zuletzt geändert durch Satzung vom 23. April 2003 (AmBek. UP S. 27), wurde wie folgt geändert:

Nr. 1

In § 11 Aufgaben wird in Absatz 2 Nr. 1 vor dem Wort „Beschlüsse“ das Wort „einzelnen“ eingefügt. Am Schluss der Nummer wird angefügt ", sofern im Beschlusstext keine abweichende Zuständigkeit geregelt ist;".

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntma-chungen der Universität Potsdam in Kraft.

Zweite Satzung zur Änderung der Rahmenwahlordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam

Vom 20. Mai 2003

Die Rahmenwahlordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 4. April 2000 wurde durch Beschluss des Studierendenparlamentes auf seiner Sitzung am 20. Mai 2003 geändert.

Artikel 1

§ 17 (Briefwahl) der Rahmenwahlordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam vom 4. April 2000 (AmBek. UP S. 79), zuletzt geändert durch Satzung vom 22. Oktober 2002 (AmBek. UP S. 82), wird wie folgt geändert:

Nr. 1

Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„Die Stimmabgabe ist auch durch Briefwahl mög-lich. Sollen die Briefwahlunterlagen dem/der Wahlberechtigten vor der Wahl ausgehändigt oder übersandt werden, muss bis spätestens 4 Werk-tage vor der Wahl ein Antrag beim StWA eingegangen sein. Nach Ablauf dieser Frist ist eine Briefwahl lediglich während der Wahl in einem der Wahlloka-le möglich. Bei der Übersendung oder Aushändi-gung der Briefwahlunterlagen gilt § 16 Abs. 2 ent-sprechend. Wird der Antrag auf Briefwahl während der Wahl in den Wahllokalen gestellt, ist die Wahl-berechtigung mit einem gültigen Personalausweis oder Pass in Verbindung mit einer aktuellen Imma-trikulationsbescheinigung zu prüfen.“

Nr. 2

Der alte Absatz 8 wird zu Absatz 2. Die nachfolgenden Absätze bis einschließlich des alten Absatzes 5 verschieben sich jeweils um eins.

Nr. 3

Im neuen Absatz 3 werden am Ende der Nummer 2 die Worte „Absatz 3“ in „Absatz 4“ geändert.

Nr. 4

Im neuen Absatz 4 werden im ersten Satz die Worte: „Satz 1“ gestrichen. Am Ende des letzten Satzes wird nach „persönlich übergeben“ eingefügt: „ , zugesandt oder an die wahlhelfenden Personen während der Öffnungszeiten des jeweiligen Wahllokals ausgehändigt.“

Nr. 5

Im neuen Absatz 5 wird der erste Satz wie folgt neu gefasst:

„Im Falle der Übergabe oder Zusendung des Briefwahlumschlags an den StWA muss dieser bis zum Ende der Wahlzeit dort eingehen.“

Nr. 6

Der alte Absatz 6 (Zurückweisung eines Wahlbriefes) wird zum neuen Absatz 9. Dort wird das Wort „oder“ nach Nummer 2 gestrichen und stattdessen nach Nummer 3 angefügt. Eine neue Nummer 4 folgt. Diese lautet: „die bzw. der Wählende nach § 17 Abs. 8 offensichtlich doppelt gewählt hat.“

Nr. 7

Der alte Absatz 7 wird zu Absatz 10.

Nr. 8

Der neue Absatz 7 lautet wie folgt:
„Im Falle der Übergabe der Briefwahlumschläge an die wahlhelfenden Personen im Wahllokal werden die Umschläge in einer gesonderten Wahlurne bis zum Ende der Wahl aufbewahrt. Vor der Auszählung der Stimmzettel sind diese Briefwahlumschläge zu öffnen und die Briefwahl im Wahlberechtigtenverzeichnis zu vermerken. Der verbleibende Wahlumschlag wird ungeöffnet in die betreffende Wahlurne gelegt.“

Nr. 9

Der neue Absatz 8 lautet wie folgt:
„Stellt der StWA sowohl einen vorhandenen Eintrag im Wahlberechtigtenverzeichnis als auch einen vorliegenden Briefwahlumschlag fest - der bzw. die Wählende hat also doppelt gewählt - wird die Briefwahlstimme nicht gezählt. Mit dem Wahlbrief wird entsprechend §17 Abs.10 verfahren.“

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam für das Wintersemester 2003/2004

Vom 20. Mai 2003

Das Studierendenparlament der Universität Potsdam hat, gemäß § 62 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Hochschulgesetz - BbgHG) vom 20. Mai 1999 (GVBl. I S. 130), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Juni 2000 (GVBl. I S. 90), auf seiner Sitzung am 20. Mai 2003 nachfolgende Änderung der Beitragsordnung der Studierendenschaft der Universität Potsdam für das Wintersemester 2003/2004 beschlossen:¹

§ 1 Beitragspflicht

(1) Die Studierendenschaft der Universität Potsdam erhebt in jedem Semester von allen an der Universität Potsdam direkt immatrikulierten Studenten einen Beitrag zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 62 Abs. 4 BbgHG, einen Beitrag für den Hochschulsport auf Grund des Vertrages mit dem Zentrum für Hochschulsport sowie einen Semesterticketbeitrag auf Grund des Semstixvertrages mit dem VBB.

(2) Die Beitragspflicht erstreckt sich auch auf beurlaubte Studierende, solange diese Ordnung nichts anderes bestimmt.

(3) Die in Absatz 2 genannte Beitragspflicht für beurlaubte Studierende erstreckt sich nicht auf den Semesterticketbeitrag nach § 2 Abs. 2 letzter Halbsatz.

§ 2 Beitragshöhe

(1) Die Beitragshöhe wird auf Grundlage des Haushaltsplanes der Studierendenschaft der Universität Potsdam festgelegt.

(2) Die Beitragshöhe für das Wintersemester 2003/2004 beträgt 122,68 €. Der Beitrag setzt sich wie folgt zusammen: 7,17 € Studierendenschaftsbeitrag, 0,51 € Beitrag für den Hochschulsport sowie 115 € Semesterticketbeitrag.

§ 3 Fälligkeit

(1) Der Beitrag wird fällig:
a. mit der Immatrikulation,
b. mit der Rückmeldung oder
c. mit der Beurlaubung.

¹ Genehmigt vom Rektor mit Schreiben vom 21. Mai 2003

Bei der Immatrikulation, Rückmeldung oder Beurlaubung ist die Zahlung des Betrages nachzuweisen.

(2) Der Beitrag wird für die Studierendenschaft von der Universität Potsdam eingezogen und auf das Konto der Studierendenschaft überwiesen.

§ 4 Erlass und Rückerstattung des Studierendenschaftsbeitrages

(1) Der Beitrag kann weder erlassen, ermäßigt noch gestundet werden.

(2) Von der Beitragspflicht ausgenommen sind Studierende, die wegen:

- a. Ableistung des Wehr- oder Wehersatzdienstes,
 - b. Krankheit,
 - c. eines Auslandsstudiums oder eines dem Studium förderlichen Auslandsaufenthaltes oder
 - d. Schwangerschaft
- durch die Universität beurlaubt sind.

§ 5 Erlass und Rückerstattung des Semesterticketbeitrages

(1) Die in dieser Ordnung festgelegten Regelungen zum Erlass und zur Rückerstattung des Semesterticketbeitrages unterliegen den Regelungen und Bestimmungen des von der Urabstimmung angenommenen Semesterticketvertrages, der Bestandteil dieser Beitragsordnung ist (AmBek. UP 2001 S. 79).

(2) Folgende Personen sind von der Zahlung des Semesterticketbeitrages ausgenommen, erhalten kein Semesterticket und erlangen keine Fahrtberechtigung mit dem Semesterticket:

1. Studierende, die von der Hochschule keinen Studierendenausweis erhalten, insbesondere Gast- und Nebenhörer. Im Zweifelsfalle gilt dies für Personen, die bei Wahlen zu den Organen der Studierendenschaft nicht wahlberechtigt sind.
2. Studierende, deren Studiengänge lediglich der Weiterbildung, nicht der Ausbildung dienen. Dies gilt für Studierende, die sich im berufsbegleitenden Aufbaustudium befinden.
3. Schwerbehinderte, die nach dem Schwerbehindertengesetz Anspruch auf Beförderung haben und den Besitz des Beiblatts mit der zugehörigen Wertmarke nachweisen. Schwerbehinderte müssen ihre Berechtigung auf Erlass des Semesterticketbeitrages dem AStA und dem Studierendensekretariat anzeigen.

(3) Folgende Personen werden auf Antrag von dieser Vereinbarung ausgenommen:

1. Behinderte Studierende, die nachweisen können, dass sie auf Grund ihrer Behinderung den

öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können. Hierunter werden auch zeitweilige Behinderungen verstanden, wenn sie auf ärztliches Attest hin für das Semester die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gleichfalls ausschließen.

2. Studierende, die sich auf Grund ihres Studiums, eines Praxissemesters, eines Auslandssemesters oder im Rahmen der Studienabschlussarbeit nachweislich für mindestens ein Semester außerhalb des Verbundtarifraums aufhalten, Studierende, die sich im Urlaubssemester befinden. Gleichfalls ausgenommen werden
3. auf Antrag Studierende, die infolge einer schweren Erkrankung, die zur Gewährung eines Urlaubssemesters berechtigen würde, im laufenden Semester erkranken. Die genutzten Monate sind anteilig abzusetzen.
4. Studierende, denen der Erwerb des Semestertickets während des Beitragszeitraums laut den in der "Ordnung zum Potsdamer Semesterticket und zum Sozialfonds" genannten Gründen nicht zuzumuten ist.

(4) Die entsprechenden Nachweise zu den Absätzen zwei Ziffer 3 sowie drei werden von der Studierendenschaft geführt. So weit möglich sind entsprechende Belege der Hochschulverwaltung nachzuweisen. Die Studierendenschaft hat im Fall der Rückerstattung des Fahrgeldbeitrages die Studierenden auf den Entfall der Fahrtberechtigung hinzuweisen und die ausgegebene Kundenkarte einzuziehen. Diese ist im Rahmen der Nachweisführung an die Verkehrsbetriebe (ViP, Verkehrsbetrieb Potsdam) zu übergeben.

§ 6 In-Kraft-Treten / Außer-Kraft-Treten

Die Beitragsordnung tritt mit Beschluss des Studierendenparlaments der Universität Potsdam am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom 2. Mai und 15. Mai 2001 (AmBek. UP S. 77) außer Kraft.